

## Reformen am Haupte.

Die Regierung scheint sich, einer Ankündigung zufolge, mit einer Reform der obersten Verwaltungsstellen zu befassen. Vielleicht hat hierzu die jüngste große Debatte des Herrenhauses über das soziale Fürsorgeministerium den Anstoß gegeben. Denn selten ist eine Vorlage so einschneidend kritisiert worden wie diese. Und das mit vollem Rechte. Die Teilung der Angelegenheiten der sozialen Verwaltung in ein Fürsorge- und ein Gesundheitsministerium schafft nämlich einen unhaltbaren Zustand, und Herr Dr. Baernreither konnte in seiner vortrefflichen Rede unter großer Beiterheit des Hauses fragen, wie es denn anzustellen sei, wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, das eine Ministerium die rechtliche und administrative Seite des Säuglings und das andre die hygienische betrachten soll. Das Herrenhaus besorgt, daß die neue Schöpfung die bisherigen Zuständigkeiten um eine bis zwei vermehren, daher weitere Kompetenzfreitigkeiten schaffen und die ohnehin großen Schwierigkeiten sowie die Verfahrenheit der Verwaltung noch mehr steigern werde.

Und doch hätte sich gerade jetzt, wo der Zug der Zeit unter der Einwirkung des Krieges und seiner furchtbaren Folgen sich den gesellschaftlichen Dingen in erhöhtem Maße zuwendet, etwas Bedeutendes aus einem Guße schaffen lassen. Ein großes Amt mit drei Abteilungen für soziale Fürsorge für das Gesundheitswesen und für die Lebensmittelversorgung, mit einem dem Parteigetriebe entzogenen Präsidenten an der Spitze, hätte vorbildlich wirken und den Wiederaufbau des Menschen nach dem Kriege mit allem Ernst in Angriff nehmen können. Parlamentarische Opportunitätsabwägungen, das leider vergebliche Streben, die Südslawen und Ruthenen durch eine Vertretung in der Regierung zur Mehrheit heranzuziehen, haben den ursprünglich schönen Gedanken der Zusammenfassung aller sozialen Agenden in einen großen Verwaltungskörper zertrümmert. So hat wieder einmal in Oesterreich die Nation den Sieg über die Ratio davongetragen zum Schaden der Sache, und an Stelle einer Organisation ist eine Improvisation getreten ohne Gewähr des Bestandes.

Die Gerechtigkeit verlangt es allerdings, zu erwähnen, daß die gegenwärtige Regierung damit einen der Königsgedanken ihrer Vorgängerin, nämlich des kaiserschen Völkerministeriums, zum Teil verwirklichen wollte. Sie hat in der Tat ein böses Stück Erbschaft übernommen, denn die Regierung des Grafen Clam hat die kostbarste Zeit tatenlos verstreichen lassen, hat dann ihre Unzulänglichkeit im Meistern großer Probleme durch einen demagogischen Dilettantismus zu verhüllen gesucht, hat unerlöste Schlagworte, wie nationale Autonomie, Völkerministerium und dergleichen, ohne jede Begrenzung ihres sachlichen Inhaltes in die Massen geworfen und so in die Kirchen einer aufgewühlten Zeit einen Samen gelegt, an dessen Frucht als an einer heißen Speise noch manche Regierungen zu kauen haben werden, ohne sie zu verdauen.

Unsre Verwaltung, darüber sind alle, die einen gesunden Fortschritt dieses Staates wünschen, im Klaren, bedarf einer Reform an Haupt und Gliedern. Will die gegenwärtige Regierung mit der Reform am Haupte beginnen, dann wird sie des Materials in Hülle und Fülle finden. Seit vielen Jahren

hat die Gründung und Abspaltung von Sektionen und Departements in den einzelnen Ministerien einen erschreckenden Umfang erreicht, haben wir uns von dem Ideale, wenige und gut bezahlte Beamte, immer weiter entfernt. Die Zersplitterung der Zentralstellen in Sektionen, der Sektionen in Zwerghauptabteilungen mit ganz geringfügigem Personalstand und noch geringfügigerer Arbeitsleistung, mit einem Worte die Atomisierung der Verwaltung, ist in beklagenswerter Weise fortgeschritten. Statt sich durch Abstoßung von Agenden zu entlasten, sind die Zentralstellen leider vielfach bemüht, immer neue Agenden von unteren Instanzen an sich zu ziehen. Aber selbst wo Agenden in Abgang kommen, hat dies keineswegs die erwünschte Wirkung, den Personalstand zu verringern oder doch wenigstens sein Wachstum aufzuhalten. Beweis dessen zum Beispiel das Handelsministerium, das trotz Abtretung wichtiger Geschäftsgruppen an andre Ressorts seinen Aufwands in zwölf Jahren mehr als verdreifacht hat. Was das Eisenbahnministerium betrifft, so ist die Hypertrophie an Beamten von fachmännischer Seite längst nachgewiesen und gezeigt worden, um wieviel wirtschaftlicher die Privatbahnen arbeiten. Für das Jahr 1913 war die Höhe der Personalausgaben allein mit nahezu 57 vom Hundert des gesamten Erfordernisses veranschlagt. Leider waren gleichwohl die letzten Jahre an Reformen ganz unfruchtbar, und die Bevölkerung wäre dem jetzigen Eisenbahnminister dankbar, wenn er die Kraft und den Mut fände, an diese Zustände die bessernde Hand zu legen.

Auf jeden Fall kann die Regierung aus den Fehlern der Vergangenheit ersehen, wie es in Zukunft besser gemacht werden soll. Wir waren nämlich in den letzten Jahrzehnten nichts weniger als glücklich im Aufbau neuer Ministerien, und es scheint, daß die große Organisationskunst des 18. Jahrhunderts uns völlig abhanden gekommen ist. Schon die Gestaltung des Eisenbahnministeriums wies viele Mängel auf. Die Konstruktion dieses Ministeriums als eine Aufsichts- und Verwaltungsbehörde hat sich nicht bewährt. Viel richtiger wäre es gewesen und wäre es heute noch, für die Verwaltung der Eisenbahnen eine Generaldirektion zu schaffen und das Ministerium als Verkehrsministerium zu gestalten, dem alle den Verkehr betreffenden Agenden, einschließlich der Schifffahrt, die ja doch ein verlängertes Arm der Eisenbahnen ist, zu überweisen wären. Wie soll man mit Erfolg Uebergangswirtschaft betreiben, wenn Eisenbahnen und Schifffahrt getrennte Wege gehen? Dann kam das Ministerium für öffentliche Arbeiten, ein zusammenhangloses Gebilde ohne einigendes Band. Die Klagen über seine fehlerhafte Organisation sind so alt wie das Ministerium selbst, und trotz mancher Bemühungen seiner rasch wechselnden Träger geschieht nichts, um den konstruktiven Mängeln abzuhelfen. Die Wasserstraßenfrage, die in dieses Ministerium zum Teil gehört, hat sich schon längst zu einem wahren Verwaltungsstandal herausgebildet. Sieben bis acht Stellen sind bei dieser Frage zuständig, und das Ergebnis ist ein endloser Streit, wer eigentlich zuständig ist. Ueberhaupt ist die Ressortekifersucht das größte Hindernis für jeden verwaltungsmäßigen Fortschritt in Oesterreich. Je mehr Stellen aber in einer Sache mitzusprechen haben, desto geringer wird die Verantwortlichkeit des einzelnen, weil jeder sie dem andern zu-

schiebt und so schließlich keiner sie trägt. Im Kriege haben sich diese Mängel eines einheitlichen Zusammenwirkens besonders fühlbar gemacht, und zahlreiche berechnete Klagen der Bevölkerung über die geringe Schlagkraft unsrer Verwaltung sind darauf zurückzuführen.

Was uns not tut, ist also nicht die Schaffung neuer Ministerien, sondern die Erneuerung der alten. Man hat bisher sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß die Veränderungen in den Ministerien oft einen persönlichen Zuschnitt tragen, den Bedürfnissen und Interessen einzelner, nicht aber dem tatsächlichen Erfordernis angepaßt werden. Es wird daher zweckmäßig sein, endlich einmal die Diensteseinteilung der Zentralstellen in feste, innerlich zusammenhängende, nach sachlichen Gründen und Bedürfnissen gebildete Geschäftsgruppen dauernd festzulegen und so der jetzt eingebürgerten Vermehrung der Departements wenigstens für einige Zeit ein Ziel zu setzen. Die Vielschreiberei muß durch eine moderne kaufmännische Behandlung der Gegenstände ersetzt werden. Zur Durchführung solcher Reformen bedarf es allerdings eines nicht gewöhnlichen Maßes von Energie und durchgreifendem Willen. Die gegenwärtige Regierung, die, aus Beamten zusammengesetzt, die Mängel der Verwaltung kennt und der überdies die Arbeiten der Verwaltungsreformkommission vorliegen, hat eine dankbare Aufgabe vor sich. Die Regierten können nur wünschen, daß sie rasch und gut gelöst werde. Viel kann zum Erfolge beitragen, wenn die Regierung ihre Reformvorschläge so bald als möglich der Öffentlichkeit übergibt, damit aus dem Kampfe der Meinungen ein geläutertes und genußreiches Schlussergebnis hervorstehe.